

Oberbürgermeister Fritz Kuhn  
Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

Vertreter des 3. und 4. Bürgerbegehrens  
gegen Stuttgart 21

vorab per Email, CC: Fraktionsvorsitzende

Stuttgart, 03.12.2016

**Zu klärende Fragen vor der Abhilfeprüfung am 07./08.12.2016: Schriftliche Antwort auf Antrag SÖS-LINKE-PluS, postfaktische Politik, zurückgehaltene Unterlagen, Rederecht**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kuhn,

in der Sitzung des Stuttgart 21-Ausschusses vom 15.11.2016 sagten Sie gegen 15:25 Uhr eine schriftliche Antwort auf Antrag und Anfrage Nr. 346/2016 der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS "Offene Fragen zum S-21-Brandschutz- und zur Leistungsfähigkeit klären" vom 09.11.2016 zu. Auf den [Internet-Seiten der Stadt](#) ist bis heute noch keine Antwort zu finden.

- Dürfen wir davon ausgehen, dass die angekündigte Antwort vor der Abhilfeprüfung der Bürgerbegehren am 07.12.2016 im Verwaltungsausschuss und am 08.12.2016 im Gemeinderat veröffentlicht wird?

Anlass für diese Erwartung sind Ihre Zusagen zu den S21-Ausschuss-Sondersitzungen. Sie hatten am 06.07.2016 "eine vernünftige Klärung von Themen" zugesagt, die Fraktionen sollten "belastbare Informationen" erhalten und die "juristische Debatte" sollte dann nach der "politischen Debatte" geführt werden (Niederschrifts-Nr. 257 Top 3a und b). Letztere ist jedoch erst geführt, wenn die angekündigte Fragenklärung stattgefunden hat.

Frage 1 des Antrags betrifft die signifikanten Staus, die in den Simulationen der DB-Gutachter zu beobachten sind. Ist nachgewiesen, dass es nicht zu Personendichten um die 6 Personen/m<sup>2</sup> kommt wie bei der Loveparade in Duisburg, als zahlreiche Personen zu Tode kamen? Die Fragen 2 und 3 des Antrags behandeln im Kern die für das Projekt existentielle Frage, ob überhaupt der Brandschutz mit der geforderten Leistungsfähigkeit verträglich ist.

Antrag 4 betrifft einen Prozess zur Klärung der fortbestehenden Widersprüche zur Leistungsfähigkeit. Die von Dr. Engelhardt am 26.10.2016 vorgetragenen Argumente für einen nachgewiesenen Leistungsrückbau wurden in den nachfolgenden Vorträgen der Vertreter der DB, des Landes und der Stadt nicht erwidert und nicht entkräftet. Deren qualitative Argumente für einen relativen Leistungsvorteil von Stuttgart 21 wiederum sind unbelegt und es wurde ihnen noch am 26.10. begründet von Dr. Engelhardt widersprochen. Zu klären ist also nach wie vor:

1. DB und Gutachter der Stadt argumentieren mit einer gerichtlich bestätigten Kapazität von 32 Zügen pro Stunde. – Damit ist aber bisher nur ein Rückbau gerichtlich bestätigt?!
2. Laut Landesverkehrsministerium und Stadt wird das 50 %-Plus im Finanzierungsvertrag durch vertaktete Züge erfüllt – diese sind aber nur eine Illustration des Zugangebots.

3. Der Stresstest wurde als Nachweis einer Kapazität von 49 Zügen/h angeführt – obwohl die DB die Richtlinienv Verstöße in der Simulation schon faktisch eingestanden hatte.
4. Der Stresstest ist mit seinem Belegungsgrad laut den Bahn-Gutachtern unfahrbar.
5. Die DB sieht den Kopfbahnhof im Nachteil mit 5 Strecken-Zulaufgleisen gegenüber 8 im Tiefbahnhof. – Bei S21 läuft über diese aber auch der Bereitstellungsverkehr, für den der Kopfbahnhof eigene Gleise hat und mit insges. 11 Zuführungsgleisen im Vorteil ist.
6. Höhere Einfahrtsgeschwindigkeiten sollen S21 ein großes Leistungsplus bringen – sie bringen jedoch wenig, das auch im Vorteil der Durchgangsbahnhöfe schon enthalten ist.
7. Leistungsgewinne durch ETCS werden S21 gutgeschrieben – sie stehen jedoch gleichermaßen auch dem Kopfbahnhof zur Verfügung.
8. Die Leistungsverdopplung durch S21 wurde am 26.10. erneut versprochen, aber nicht belegt. – Ihr stehen die niedrigeren Kapazitätsaussagen der Bahn-Gutachter entgegen.
9. Eine "S-Bahn-ähnliche Betriebsweise" soll das Leistungsplus bringen. – Ohne Vorsortier-Bahnhöfe bringt das nichts. Ein Knoten- und Umsteigebahnhof im Fern- und Regionalverkehr ist außerdem mit S-Bahnen nicht vergleichbar, insbes. bei den Haltezeiten.

Diese Widersprüche stehen nun in den [Vorträgen](#) auf den Internet-Seiten der Stadt und in den Protokollen der Sitzung unaufgelöst einander gegenüber. Sie müssten im Interesse einer Fragenklärung aufgelöst werden. Schon im Anhörungsverfahren zu PFA 1.3 waren diese Fragen nicht der Sache nach beantwortet worden ([wikireal.org/wiki/Stuttgart\\_21/Anhörung\\_PFA\\_1.3/Analyse\\_09.2015](http://wikireal.org/wiki/Stuttgart_21/Anhörung_PFA_1.3/Analyse_09.2015)), wie auch nicht in dem von der DB abgebrochenen Diskussionsprozess über das MVI zu den Stresstest-Fehlern. Die Kritikpunkte sind somit bis heute nicht nachvollziehbar entkräftet und der Leistungsvorteil des halb so großen Tiefbahnhofs gegenüber dem Kopfbahnhof nicht plausibel gemacht worden. Daher ist Antrag 4 so wichtig:

- Wann wird in welchem Gremium über diesen Antrag 4 entschieden?
- Wie wird diese Abstimmung und ggf. auch die Umsetzung des Antrags vor den Abhilfe-Entscheidungen sichergestellt?

An dieser Stelle möchten wir außerdem an die einzelnen weitergehenden Fragen aus unserem [Fragenkatalog vom 26.10.2016](#) erinnern, auch zu Gleisneigung, Hochwasserrisiko und den Kosten. Auch Fragen 5 bis 8 zu Machbarkeit und Brandschutz in Richtung EBA sind von derart grundlegender Bedeutung, dass die Stadt im Interesse der Sicherheit ihrer Bürger und der Rechtfertigung ihrer Investition in den Bahnhofsneubau diese Fragen klären muss.

- Hat die Stadt schon beim EBA zu diesen Punkten nachgefragt?  
Bis wann soll eine Antwort erfolgen?

Die politische Debatte in den S21-Ausschuss-Sondersitzungen sollte eine Klärung und "belastbare Informationen" für die Fraktionen erbringen. Das entspricht auch der Verantwortung des Gemeinderats für das Gemeinwohl, die ihn zwingt, offensichtliche Risiken aufzuklären. Wenn dagegen einander widersprechende Positionen bestehen bleiben, aus denen sich Gemeinderäte politisch genehme Optionen auswählen, dann wäre das der Einzug postfaktischer Politik in den Stuttgarter Gemeinderat. Das kann nicht die Intention der politisch Verantwortlichen in Stuttgart sein.

Auf den Internetseiten der Stadt finden sich zum [Verwaltungsausschuss am 07.12.2016](#) und der [Gemeinderatssitzung am 08.12.2016](#) die Beratungsunterlagen zu den Bürgerbegehren nur in den Tagesordnungen. Als einziges Dokument wird dort jeweils die Beschlussvorlage der Stadt vom 06.04.2016 als pdf-Datei ohne weitere Links zu anderen Dokumenten angegeben. Zu den Sitzungen des Verwaltungsausschusses am 13.04.2016 und 06.07.2016 wurden die Beratungsunterlagen noch mit den Links auf die Anlagen, also das 2. Kirchberg-Gutachten, Widerspruch und Unterschriftenliste, gegeben. Diese Dokumente sind heute nicht mehr über die Internet-Seite der Stadt anwählbar, wie auch das 1. Kirchberg-Gutachten zu den Terminen vom 01./02.07.2016 nicht mehr zugänglich ist. Kirchberg-Gutachten und die Widersprüche der Bürgerbegehren wurden aus der öffentlichen Dokumentation entfernt.

- Hat Prof. Kirchberg seine Gutachten vom 06.04.2016 und 24.06.2015 zurückgezogen? Oder hat das die Stadt getan? Warum wurden die Internet-Seiten der Stadt um diese Unterlagen bereinigt?
- Warum werden den Gemeinderäten oder zumindest der Öffentlichkeit unsere Widersprüche vorenthalten? Wie kann ohne diese eine Abhilfeprüfung stattfinden?
- Wenn diese ausgeblendeten Unterlagen erst jetzt den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt würden, wäre dann noch eine ausreichende Vorbereitung möglich?

Darüber hinaus sind offenbar bis heute keine Protokolle etwa vom 06.07.2016 und von den S21-Ausschuss-Sondersitzungen vom 26.10. und 15.11.2016 öffentlich zugänglich. Und auch das Protokoll vom 01.07.2015 zum 4. BB ist inzwischen wieder verschwunden. Es soll also über eine Sache von 40.000 Stuttgarter Bürgern entscheiden werden, ohne dass ihnen der Vorgang nachvollziehbar gemacht wird?

Wie wir erfuhren, wurde am 24.11.2016 im Ältestenrat beschlossen, am 07./08.12.2016 den Vertretern der Bürgerbegehren kein Rederecht einzuräumen. Wir protestieren gegen diese Entscheidung und empfinden sie als Missachtung der Stuttgarter Bürger. 2015 hatten Sie, Herr Kuhn, entgegen der Empfehlung des Gesetzeskommentars ein Rederecht verhindert, das die neueste Gemeindeordnung inzwischen zwingend vorsieht. In der Abhilfeprüfung legt die Stadt nun eine vollkommen neue Begründung der Ablehnung vor, so dass jetzt ein Rederecht mehr als angebracht ist. Und die S21-Ausschuss-Sondersitzungen behandelten, wie Sie klarstellten, inhaltliche Fragen, so dass zu den rechtlichen Fragen das Rederecht noch aussteht.

Wir gehen von einer kurzfristigen Antwort auf die obigen Fragen noch vor den Abhilfeprüfungsterminen aus und bitten um deren Zustellung per Email. Ohne Unterschrift gezeichnet:

Dr. Christoph Engelhardt, WikiReal.org und Mitinitiator des 4. BB

Joris Schoeller,\* WikiReal.org und Vertrauensmann des 4. BB

Hans Heydemann, Vertrauensmann des 4. BB und Ingenieure 22

Dr. Eisenhart von Loeper, Sprecher Aktionsbündnis gg. Stuttgart 21 u. Mitinitiator des 3. BB

Egon Hopfenzitz, Vertrauensmann des 3. BB

Klaus Steinke, Vertrauensmann des 3. BB, Mitglied IHK-Vollversammlung Region Stuttgart

\* Werastr. 90, 70190 Stuttgart, 0711 7823390